

An die
Ministerin für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Dorothee Feller
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Düsseldorf, den 22. Mai 2024

Dringender Aufruf zum Stopp der NRW-Studie zum Islamischen Religionsunterricht

Sehr geehrte Frau Ministerin Feller,

mit großer Besorgnis und Enttäuschung möchten wir Ihnen in diesem offenen Brief unsere gravierenden Bedenken bezüglich der laufenden Studie zum Islamischen Religionsunterricht an Schulen in Nordrhein-Westfalen mitteilen.

Die vorliegende Studie weist beunruhigende Mängel auf, die eine umgehende Intervention erfordern. Die Fehler in der Methodik und im Inhalt der Umfrage mit Lehrern und muslimischen Schülern scheinen nicht fundiert auf wissenschaftlicher Grundlage zu beruhen, sondern erinnern eher an einen antimuslimischen Schlagwortkatalog. Die Fragetechniken und Antwortmöglichkeiten provozieren unseres Erachtens verzerrte Ergebnisse und tragen zur Verunsicherung und Irritation von Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern und Schülern bei. Eine solche Art der Umfrage würde bei jeder Form des Religionsunterrichts, unabhängig von der Religionszugehörigkeit, ein unwahres Bild der entsprechenden untersuchten Religion vermitteln.

Insbesondere möchten wir auf folgende Punkte hinweisen:

- Die Fragen und Antwortmöglichkeiten der Umfrage wirken tendenziös und suggestiv, was eine gefährliche Botschaft erzeugt und zu verwirrenden Ergebnissen führt. Die abgefragten Inhalte sind schwerpunktmäßig religionspolitischer Natur, weniger auf den Unterricht zugeschnitten. Wenn es sich um eine Unterrichtsevaluation handelt, müssten vielmehr folgende Fragestellungen im Mittelpunkt stehen: Lehrer-Schüler-Beziehung, Akzeptanz des Unterrichts, Wissenserwerb über den Islam im Unterricht, Frage der Angemessenheit der unterrichteten Inhalte mit der islamischen Religion, Wirkungen des islamischen Religionsunterrichts auf eine multi-religiöse Zusammensetzung der Gesellschaft, integrativer Beitrag des islamischen Religionsunterricht, etc.

- In der derzeitigen Form der Evaluation wird skandalträchtigen Aspekten viel zu viel Raum gegeben. Es darf nicht sein, dass vermeintliche wissenschaftliche Befunde hinhalten müssen, um den islamischen Religionsunterricht zu diskreditieren, der ja mit der Idee gestartet ist, die strukturelle Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe der Muslime zu steigern.
- Die Umfrage erschließt vornehmlich wichtige Ziele nicht, wie etwa die Entwicklung der religiösen Identität und Religionsmündigkeit der Schüler sowie die Selbstverständnisse der Lehrkräfte. Die veröffentlichte Studie beabsichtigt primär, inadäquat die Gesinnung der Befragten anstatt die Qualität des Unterrichts zu untersuchen, was dem eigentlichen Ziel der Studie widerspricht.
- Darüber hinaus können antimuslimische Interessenvertreterinnen und -vertreter leicht über die ungeschützten QR-Codes die Studie für ihre Zwecke missbrauchen.

Vor diesem Hintergrund ist es nur nachvollziehbar, dass die muslimischen Lehrkräfte enorme Schwierigkeiten sehen, an so einer wissenschaftlichen Befragung teilzunehmen, weil hier die zentralen Aspekte einer wissenschaftlichen Unterrichtsevaluation verfehlt werden. Eine Unterrichts-Evaluation muss in der Regel, den Unterricht evaluieren, und darf kein Gesinnungstest sein. Die aktuellen Mängel der Studie bergen die Gefahr, den Islamischen Religionsunterricht zu diskreditieren und demokratiefeindlichen sowie rechtsextremistischen Stimmen Vorschub zu leisten.

Liebe Frau Ministerin Feller,

Es ist von höchster Bedeutung, dass die Grundwerte unserer Gesellschaft, insbesondere Meinungs- und Glaubensfreiheit sowie Schutz vor Diskriminierung, uneingeschränkt gelten und gegen jegliche Form von Antidemokratie verteidigt werden.

Das Grundgesetz verankert Freiheit und Gleichheit als Kernwerte, doch erscheinen diese Prinzipien für Menschen mit internationaler Familiengeschichte oft nicht vollständig zu gelten. Ironischerweise wird ihnen gleichzeitig unterstellt, dass diese Werte nicht Teil ihrer eigenen kulturellen Identität seien. Unsere gemeinsamen Grundwerte sollen dadurch unerschütterlich bleiben und die Gesellschaft vor Willkür und antidemokratischen Strömungen geschützt werden. Z.B. werden „in der AfD [...] in großem Umfang herabwürdigende Begriffe gegenüber Flüchtlingen und Muslimen verwendet, zum Teil in Verbindung mit konkreten, gegen die gleichberechtigte Religionsausübung von Muslimen gerichteten Forderungen“.¹ Diesbezüglich hat das Oberverwaltungsgericht NRW

¹ Vgl. Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen, *Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten*, abrufbar unter https://www.justiz.nrw/JM/Presse/presse_weitere/PresseOVG/23_240513/index.php (Stand 15.5.2024)

zuletzt in seinem Urteil vom 13. Mai 2024 eine klare Absage erteilt. Damit ist ein Gesinnungs-TÜV verfassungswidrig.

Aufgrund dieser mangelhaften Studie können wir uns nicht erlauben, in der Öffentlichkeit eine unsachliche und unangemessene Diskussion bezüglich des Islamischen Religionsunterrichts an Schulen in Nordrhein-Westfalen zu führen. Es wäre eine Steilvorlage für rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien, die ständig versuchen mit rassistischen Parolen gegen Menschen mit internationaler Familiengeschichte und gegen Menschen anderer Religionszugehörigkeiten Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Die Berichte des Bundesministeriums des Innern und für die Heimat bezüglich der politisch motivierten Kriminalität bestätigen, dass mehr als zwei Drittel der zugeordneten politisch motivierten Straftaten allein aus der rechten Szene kommen. Diese extremistischen und verfassungsfeindlichen Bewegungen stellen aktuell eine konkrete Gefahr für unsere Demokratie dar!

Heute ist Deutschland eine Migrationsgesellschaft – vielfältig, von Einwanderung geprägt und ein lebendiges Mosaik. Migration ist Normalität in Deutschland. Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind keine „fünfte Kolonne“ fremder Mächte, wie es ihnen zum Teil noch heute unterstellt wird. Sie sind ein Teil dessen, was die deutsche Gesellschaft heute auszeichnet. Deshalb habe ich mir erlaubt, Sie höflich mit diesem Brief über das Thema zu sensibilisieren.

Als Vertreter der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in Nordrhein-Westfalen sehen wir uns in der Verantwortung, eine Überarbeitung der Studie zu fordern. Wir appellieren daher an Sie als Ministerin für Schule und Bildung in Nordrhein-Westfalen, die Studie sofort zu stoppen und eine Überarbeitung einzuleiten, die den wissenschaftlichen Standards entspricht und die gleichberechtigte Religionsausübung von Muslimen gewährleistet. Die bisherigen gesammelten Ergebnisse sollen als ungültig erklärt werden.

Beim vereinbarten Termin am Mittwoch, dem 29. Mai 2024 um 14 Uhr, werden wir sicher die Gelegenheit haben, unter anderem die hier erwähnten Punkte im persönlichen Gespräch zu erörtern. Ich freue mich sehr, dass Sie uns dies unmittelbar nach unserer zufälligen Begegnung im Landtag am vergangenen Donnerstag ermöglicht haben.

Mit freundlichen Grüßen

Tayfun Keltek
Vorsitzender